

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

5.12.1927 (No. 283)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, die als Kassenzahlung gut und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 24. bis 30. November 1927.

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung). Die in der Hauptkategorie durch die ungünstige Witterung hervorgerufene Verarmung der Arbeitsmarktlage hält an. So ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im Lande Baden von 13 072 am 23. November um 1349 auf 14 421 am 30. November, diejenige der Krisenunterstützten in derselben Zeit von 5846 um 244 auf 6090 gestiegen.

Zwischen der Industrie der Steine und Erden wurden bei anderwärts teilweise noch guter Beschäftigung Arbeiter aus verschiedenen Steinbrüchbetrieben entlassen. Stark war ferner der Zugang aus der Ziegeleiindustrie. Auch eine Glasfabrik ist zu Entlassungen geschritten. Im Metallverarbeitenden Kleinvertrieb wirt sich die schon ankündende Witterung mittelbar dadurch aus, daß zwar Sachkräfte noch gesucht sind, jedoch meist nur zu kurzfristigen Arbeitsverträgen. Doch ist immerhin örtlich der Bedarf an Elektromontateuren noch stärker geworden als er bisher schon war. Auch die Elektroindustrie zeichnete sich durch starke Nachfrage nach Kräften aus. Lebhafter war der Personalbedarf auch im Textil-Maschinenbau und in etwa in der Holzindustrie. In der Schwarzwälder Uhrenindustrie wurden immer noch Einstellungen jüngerer Leute getätigt, in der Pforzheimer Uhren- und Schmiedwarenindustrie ist die Arbeitsmarktlage trotz des bereits im letzten Bericht festgestellten leichten Abflauens der Nachfrage nach Kräften immer noch als günstig zu bezeichnen.

Im Spinnstoffgewerbe waren jüngere Weber für Baumwolle und Seide gesucht.

In der Nahrungsmittelindustrie wurden zur Zufuhr für Waghäuser eine nennenswerte Anzahl männlicher und auch weiblicher Arbeitskräfte vermittelt. In der Zigarrenindustrie wird, nachdem die Ausperrung aufgehoben ist, gesteigerter Beschäftigungsgrad zu erwarten sein.

Im Bekleidungsgebiete kann der Arbeitsmarkt, insbesondere auch derjenige der Schneiderinnen, keineswegs befriedigen.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe gestaltete er sich ruhiger unter dem Einfluß der rückläufigen Entwicklung des Beschäftigungsganges der baugewerblichen Berufe. Diese selbst weisen einen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verschieden starken Zugang arbeitslos gewordenen Hilfs- und Fachkräfte auf. Immerhin ist die Nachfrage nach nicht erloschen. Spezialkräfte besonderer Berufe, wie Dachdecker und Plattenleger, waren teilweise sogar sehr begehrt.

Zur Autonomistenbewegung im Elsaß

W.D. Paris, 4. Dez. Dem „Matin“ wird aus Straßburg gemeldet, daß am Samstagabend der Geschäftsführer der „Wahrheit“, Baumann, und ein Vertrauensmann des Barons Claus Jörn von Vulaß, namens Köhler, verhaftet worden sind, als beide sich anschickten, sich nach Deutschland zu begeben. Gerüchtesweise verlautet, daß Baumanns Verhaftung darauf zurückzuführen sei, daß in Straßburg eine neue, in deutscher Sprache abgefaßte Zeitung, „Das freie Wort“, an Stelle der vor etwa 8 Tagen verbotenen „Friedensstimme“ erschienen sei.

W.D. Paris, 5. Dez. (Tel.) Das berichtet aus Straßburg: Nach einem Verhör, das den ganzen Tag dauerte, ist gegen den gestern verhafteten Geschäftsführer der Zeitung „Die Wahrheit“, Karl Baumann, und den Vertrauensmann des Barons Claus Jörn von Vulaß, Eugen Köhler, Anklage wegen Spionage erhoben worden. Trotz des von den Behörden gewährten Stillschweigens glaubt man zu wissen, daß Baron Ley, der vor einigen Jahren wegen Komplottes gegen die Sicherheit des Staates verurteilt wurde und sich jetzt nach Freiburg i. B. zurückgezogen hat, mit Baumann und Köhler in Verbindung gestanden hat, die ihm häufig Besuche abstatteten. Köhler ist früher in Freiburg deutscher Polizeibeamter gewesen und mit dem wegen seiner autonomistischen Tätigkeit z. B. ebenfalls verhafteten ehemaligen Lehrer Hoffe verwandt. Am Sonntag vormittag wurden aufs neue Hausdurchsuchungen in der Wohnung des Barons Claus Jörn von Vulaß in Gerstheim vorgenommen. — Dem „Journal“ wird dazu aus Straßburg berichtet, daß bei den Verhafteten wichtige Dokumente vorgefunden wurden, und daß ein Haftbefehl gegen Ley erlassen worden ist.

General von Loewenfeld 7. Der frühere Generaladjutant des Kaisers und ehemalige kommandierende General des Gardekorps, General der Infanterie a. D. Albrecht von Loewenfeld, ist im 80. Lebensjahre in seiner Berliner Wohnung verstorben.

Letzte Nachrichten

Der Kampf um die Besoldungsordnung

M. Berlin, 5. Dez. (Priv.-Tel.) Die preussische Regierung hat die Aufforderung des Reichskabinetts zu einer gemeinsamen Sitzung abgelehnt. Der Grund liegt darin, daß man in Preußen die Besoldungsreform bereits fertiggestellt und auch verabschiedet hatte und sie nun unter allen Umständen unverändert zu Weihnachten durchführen wollte, während im Reich noch Abänderungsanträge erörtert wurden. Dadurch haben sich dann die Regierungsparteien gezwungen gesehen, nun auch eine Beschlusseinigung eintreten zu lassen, um sich im wesentlichen auf die Regierungsvorlage des Reichs zu einigen. Auch die Anregung des Zentrums, nur 75 Proz. sofort zur Auszahlung zu bringen und den Rest dann vielleicht zu Ostern den Beamten zu geben, ist gescheitert. Preussischerseits behauptet man, man hätte sich den Anregungen angeschlossen, wenn das Reich sie zuerst genehmigt hätte, während von Reichseite aus ungefähr das Umgekehrte gesagt wird. Augenblicklich hat der Haushaltsausschuß seine Beratungen unterbrochen, damit die Führer der Parteien noch einmal Gelegenheit bekommen, sich über die verschiedenen Fragen zu besprechen. Es geht dabei in erster Linie um die Zulagen für die Beamten des besetzten Gebietes, sowie für die beiden größten deutschen Städte Berlin und Hamburg.

W.D. Berlin, 5. Dez. (Tel.) Die Vertreter der Regierungsparteien hielten am Montag früh im Reichstage eine Besprechung über das weitere Schicksal der Besoldungsordnung ab. Darüber, daß die Beamten die in Aussicht genommene Besoldungssteigerung noch vor Weihnachten ausgezahlt erhalten sollen, sind sich die Regierungsparteien bereits einig geworden. Man verhandelt jetzt über die Frage, ob die Pensionäre, wie es Deutschland und die Deutsche Volkspartei beantragen, höher abgefunden werden sollen, als es die Regierungsvorlage in Aussicht nimmt, und in welcher Form und Höhe die bisherigen Ministerialzulagen gezahlt werden sollen. Der Haushaltsausschuß hatte in erster Lesung diese Zulagen in die Gehälter der verschiedenen Gruppen hineingearbeitet; Preußen hatte jedoch schon mit Wirkung vom 1. April für den Bereich seiner Verwaltung eine Erhöhung dieser Zulagen um die Hälfte vorgenommen. Bei der heutigen zweiten Lesung der Besoldungsordnung blieb der Haushaltsausschuß seine Beschlüsse aus erster Lesung wieder um und sprach sich für die bisherige Vorlage aus, ohne daß die von Preußen bereits vollzogene Erhöhung vorgenommen wird. Um die Widersprüche zwischen der preussischen Regelung, an der die preussische Regierung festhält, und den Beschlüssen des Reichstagsausschusses auszugleichen, und die Anträge vorzubereiten, die die vom Reichstagsausschuß beantragte Regelung formulieren, sind die neuerlichen Besprechungen nötig geworden.

Der drohende Niesenkampf in der Eisenindustrie

M. Berlin, 5. Dez. (Priv.-Tel.) Wie wir zur Lage in der Eisenindustrie erfahren, verhält sich die Reichsregierung, und namentlich das zuständige Arbeitsministerium zunächst noch zurückhaltend, weil man die Hoffnung hegt, daß direkte Verhandlungen zwischen den Parteien, die im Lauf dieser Woche in Berlin stattfinden sollen, vielleicht ohne Eingreifen unmittelbar zum Ziele führen können. Man glaubt auch, daß die Drohungen, die von Seiten der Gewerkschaften jetzt ausgesprochen wurden, namentlich die Forderung der Rationalisierung, nicht so ernst seien, um daraus auf eine Verschlimmerung der Lage zu schließen. Der Reichsarbeitsminister wird jederzeit bereit sein, entweder auf Anrufen einer Partei, oder wenn die Regierung es selbst geboten hält, von sich aus einzugreifen.

Stadtverordnetenwahlen in Schwerin

W.D. Schwerin, 5. Dez. (Tel.) Bei den gestrigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung erhielten: Bürgerliche Einheitsliste 11 068 Stimmen, (23 Sitze), Sozialdemokraten 9043 Stimmen (18 Sitze), Mieter 2174 Stimmen (4 Sitze), Demokraten (1140 2 Sitze), Nationale Einheitsliste 1837 (2 Sitze), Kommunisten 804 (kein Sitz), Angestellten 641 (1 Sitz), Mittelstandsgruppe (kein Sitz).

Der österreichische Justizminister zur Anschlusspolitik

W.D. Wien, 5. Dez. (Tel.) Die Großdeutschen Landesparteileitungen in Linz, Graz und Salzburg hielten gestern Landesparteitage ab. In Linz kam Justizminister Dinghofer auch auf praktische Anschlusspolitik zu sprechen und kündigte an, daß man demnächst Gelegenheit haben werde, reichsdeutsche Beamte in österreichischen Ämtern zum Studium der Verwaltung begrüßen zu können, während andererseits österreichische Beamte in das Reich hinausgeschickt werden sollen, um die dortige Verwaltung kennen zu lernen. In den Entschlüsseungen der Landesparteitage wurde die Schaffung einer nationalen Einheitsfront, die Verbeibehaltung der Heimwehren und die befriedigende Regelung der Beamtenbesoldungsfrage als notwendig bezeichnet.

Badische Forstfragen

Staat und Wirtschaft sind keine einheitlichen Begriffe, aber auch keine Gegensätze. Ebenso wenig wie die Wirtschaft ein Staat im Staate sein darf, soll der Staat den Trägern der Wirtschaft Ketten anlegen, die sie an der notwendigen Bewegungsfreiheit zum Schaden der Gesamtheit hindern. Die Forstwirtschaft ist eine dem Staate unterstellte wirtschaftliche Betätigung, bei der die Grundzüge privatrechtlicher Betriebsführung in ihrer Reinkultur keine Anwendung finden. Der enge Zusammenhang der Waldbewirtschaftung mit dem Staate und dessen Haushalt läßt starke Zweifel an der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit des heutigen Zustandes aufkommen. Die badische Forstverwaltung untersteht dem Finanzministerium, das in seinem Budgetplan die Ausgaben und Einnahmen für die Forstverwaltung festsetzt und dem Landtag die Entscheidung über die einzelnen Posten überläßt. So schreibt es die badische Verfassung vor.

Bei dieser Einrichtung kann es nicht ausbleiben, daß aus rein budgetären Rücksichten, die sich notwendig aufdrängen, vielfach Streichungen vorgenommen werden, denen keine waldbewirtschaftlichen Tendenzen mehr zugrunde liegen. Man sieht sich häufig gezwungen, die Ausgaben zu senken und die Einnahmen künstlich heraufzusehen, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Das Eingehen auf waldbewirtschaftliche Richtlinien, mit denen allein auf die Dauer eine gesunde und ertragreiche Forstwirtschaft erzielt werden kann, bleibt in vielen Fällen eine Fiktion. Man kann der Forstverwaltung z. B. den Bau von Wegen seitens des Landtags nicht versagen und gleichzeitig das Abführen des gefällten Holzes von ihr verlangen. In Österreich ist man in der rechten Erkenntnis der unwirtschaftlichen Betriebsweise auf dem Gebiete der Forsten zur völligen Umstellung der veralteten Verwaltungsform mitig übergegangen, und hat eine nur lose Verbindung der Waldbewirtschaftung mit dem Staate noch aufrechterhalten. Auch in Mecklenburg geht man daran, sich auf modernere Wirtschaftsmethoden zu begeben, und hat bis jetzt erreicht, daß die dortige Forstverwaltung nur mit einer nach den jeweiligen Holzpreisen zu ermessenden Einnahme im Staatshaushalt erscheint. Alle zehn Jahre findet eine Inventuraufnahme statt, wobei Wald für Wald taxiert und ermittelt wird, was an Holz gehauen und welches Gelände kultiviert werden soll. Auf solche Weise ergeben sich genaue Abgabesätze, die im Budget Aufnahme finden. Das Mecklenburgische Waldsystem erbringt den Beweis, daß auch in Staatsbetrieben die Anwendung wirtschaftlicher Grundsätze bei gutem Willen der leitenden Instanzen möglich ist.

Forstwirtschaft ist wie jede andere Wirtschaft nicht vom grünen Tisch aus zu betrachten und zu betreiben, wenn von ihr gute Ertragnisse und die volle Ausnützung aller sich bietenden Möglichkeiten erwartet werden. Auf weite Sicht und klare Ziele kann sich die badische Forstverwaltung erst dann einstellen, wenn ihr mehr wirtschaftliche Freiheit und Selbständigkeit gewährt wird, sei es durch Umgestaltung nach dem österreichischen oder dem mecklenburgischen Muster oder nach einem anderen System.

Die Notwendigkeit einer Reform drängt sich gebieterisch auf, wenn wir die forstlichen Verhältnisse Badens näher betrachten. Die früheren Ständes- und Grundherren verfügen über einen Waldbesitz von 60 000 Hektar, die sich besser Wirtschaftsverfassung erfreuen und vorbildlich gepflegt sind. Die Aufhebung der Fideikomnisse eröffnet dem badischen Staate neue Perspektiven zur Durchführung eines großzügigen Forstprogramms. Um den Waldbesitz der Ständes- und Grundherren vor dem Verfall zu bewahren, und einem wucherischen Solzschlächtertum den Boden zu entziehen, wird sich jetzt schon der badische Staat darauf einzurichten haben, um im Laufe der nächsten Jahrzehnte wenigstens einen Großteil dieser auf den Markt kommenden Wälder an sich ziehen zu können. Ferner befindet sich besonders in den mittleren Schwarzwaldtälern eine gewaltige Menge Privatwald, der sich in schlechtem Zustande befindet. Auf weiten Strecken spürt man hier überhaupt nichts mehr von Waldkultur, niederes Buschwerk, insbesondere Haselgebüsch, bedeckt und überwuchert vorzügliches Waldgelände, das heute seinem Eigentümer bei Aufwendung schwerster Mühe und Arbeit außerordentlich geringe Einnahmen bringt. Von einer Schädigung dieser Waldbesitzer im mittleren Schwarzwald kann bei Übernahme ihres Eigentums durch den badischen Staat keine Rede sein, da unsere gesamts-

Wirtschaft ihren Nutzen davon hätte, und eine Steigerung des Ertrages auf mehr als das Doppelte: von 2-5 auf 10 Hektometer Holz leicht zu erzielen wäre.

Dazu kommt noch das soziale Moment: Wenn heute ein Privatwald einem Holzschlächter zum Opfer fällt, werden die dort beschäftigten Holzhaue brotlos. Der badische Regierung liegen Eingaben aus Holzhauekreisen vor, die den Staat um Erwerbung verkäuflicher Privatwälder angehen, damit nicht kapitalistische Unternehmer sich des Holzes bemächtigen und die Waldarbeiter ins Elend der Arbeitslosigkeit stoßen. In solchen Fällen wird es der Staat als seine Pflicht ansehen, mit festen Händen zuzufassen und die Interessen des badischen Volkes zu schützen. Der Waldbesitz des badischen Staates kann recht wohl eine beträchtliche Steigerung und Vermehrung ertragen, macht er doch nur 18 Prozent der ganzen Waldfläche des Landes aus, während die Gemeinden zusammen auf 48 Prozent kommen. In den übrigen deutschen Ländern erreicht das staatliche Waldeigentum wenigstens soviel, als die Gemeinden besitzen, also etwa 48 Prozent. Angesichts solcher Lage und der oben erwähnten Erwerbsmöglichkeiten, dürfte der badische Staat den Ankauf neuer Waldgebiete in Erwägung ziehen.

Zur Verwirklichung dieses Forstprogramms sind reichliche Mittel nötig, die bekanntlich in keiner Staatskasse vorhanden sind. So gilt es, Quellen zu entdecken, die bei richtiger Ausbeutung das erforderliche Kapital abwerfen. Ein Blick über den badischen Domänenbesitz zeigt uns, angrenzend an die Landeshauptstadt Karlsruhe, den weitgestreckten Hardtwald. Das Forstamt Karlsruhe-Hardt verwaltet allein einen Bereich von 5000 Hektar, wie ja das Rheintal viele Laufende von Hektar badischen Waldes beherbergt. Im Norden der Stadt Karlsruhe liegen sich etwa 800 bis 1000 Hektar zur weiteren Bebauung verwendend; denn die bauliche Entwicklung der badischen Hauptstadt in nördlicher Richtung, wird sich mehr als bisher vollziehen müssen. Natürlich könnte zum Vorteil des ganzen Projektes das Gelände zwischen der Linkenheimerstraße und der zu verlängerten Parkstraße als Wald und Park erhalten bleiben. Was aber rechts und links der Scheidelinie liegt, gäbe ein unvergleichlich schönes Villenviertel, das hinter dem Theater sich an die übrige Stadt anschließen würde. Ein herrliches Areal von solcher Größe hat wohl kaum ein anderes deutsches Land zur Verfügung zu stellen. Es wäre jedoch, um dem Bodenwucher keinen Vorstoß zu leisten, nicht an einen Verkauf der konfurrenzlosen Baufläche, sondern lediglich an ihre Vergebung in Erbbau zu denken, der auf etwa 70 bis 80 Jahre vereinbart werden könnte. Berechnet man pro Quadratmeter und Jahr einen durchschnittlichen Bodenzins von nur 30-40 Reichspfennigen, so ergibt sich aus dem ganzen Siedlungsgebiet bei Inanspruchnahme von 600 Quadratmetern für ein Haus eine Jahreszinssumme von 3 bis 4 Millionen, mit denen man im Laufe der Jahre die großen Ausgaben für Waldkäufe decken könnte.

Es ist schon der Gedanke aufgetaucht, Teile des erwähnten nördlichen Hardtwaldgeländes zur Einrichtung von Sportplätzen zu verwenden. Ein solcher Plan überfieht die Kostbarkeit des einzigartigen Siedlungsplatzes und wünscht die weitere Ausdehnung der Stadt nach dem Süden und damit die Entfernung des Verkehrszentrums nach dem Bahnhofe hin. Die Anlegung eines Villenviertels im Norden aber verhindert die Entwertung der Kaiserstraße und ermöglicht die Durchführung des großen badischen Forstprogramms. Dr. S. Hfd.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 30. November berechnete amtliche Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vorwoche um 0,6 Prozent, von 140,9 auf 140,1 zurückgegangen.

Badisches Landestheater

„Die Reise ins Schlaraffenland“

Da unser Opernrepertoire in den letzten Jahrzehnten keinerlei Bereicherung mehr durch Werke erfahren hat, die ähnlich wie Hamperdinds, „Hänsel und Gretel“ vollkommene Prägung besitzen und auch dem kindlichen Gemüt sofort eingängig sind, sehen sich manche Theaterleitungen von Fall zu Fall gezwungen, besondere Weihnachtsstücke in Auftrag zu geben. Das geschieht dann meistens so, daß wohl der eine oder andere geschickte Bearbeiter eines alten Märchentextes sich findet und ein ganz hübsches Textbuch liefert; nur fehlt es immer an einem Komponisten, der mit ebenso schöner Einfachheit den textdichteriichen Aufbau musikalisch untermauert und durch Chöre, Volkstänze, Balletteinlagen, Arien usw. dem Ganzen die rechte künstlerische Rundung leiht. Denn man sage, was man wolle: Eine noch so schlichte Fabel wird nur dann zu einer Darbietung von stimmungsgewollter Zuständigkeit, wenn ihr Grundton die Parallele eines musikalischen Schos sucht und dadurch erst das greifbar Gegenständliche zu jenem bewegter Sinnfälligkeit steigert.

Auch beim diesjährigen Weihnachtsstück des bad. Landestheaters ist es leider von großem Nachteil, daß die klangliche Unterlage gar primitiv bleibt. Das ist um so mehr zu bedauern, da Ulrich von der Trenck in den fünf Märchenbildern seiner „Reise ins Schlaraffenland“ immerhin eine Dichtung von stärkerem Eigenwert geschrieben hat wie so manch andres Produkt, das dann stolz als deutsches Märchenstück angepriesen wird. Er nennt sein Theaterstück selbst bescheiden „ein mühe- und arbeitsloses Genießen für Kinder“. Das ist es in der Tat, wenn auch sowohl im Land des Fischlein des' dich wie in der Feingelmannschenszene einige allegorische Figuren des Verständnis erschweren und die eigentliche Traumhandlung unnötig aufhalten. Gerade dabei merkt man übrigens deutlich, daß der Dichter von der klar vorgezeichneten Form nur abgesehen, um einigermaßen und allerdings mit untauglichen Mitteln die fehlende Musik zu ersetzen. Es gibt natürlich trotzdem so eine Art Begleitmusik, aber diese wirkt denn doch

Die Genfer Ratstagung

Zu der am heutigen Montag in Genf beginnenden 48. Sitzung des Völkerbundsrates sind die meisten Delegierten bereits am Samstag angelommen. Die deutschen Delegierten trafen am Sonntag unter Führung Strösemanns ein.

Die ersten öffentlichen Sitzungen der neuen Ratstagung sind der Erledigung von administrativen und formalen Angelegenheiten gewidmet. Die öffentliche Behandlung der litauischen Beschwerde gegen Polen in der Schulfrage wird als Punkt 15 auf der Tagesordnung frühestens am Dienstag begonnen. Am gleichen Tage kommt wahrscheinlich auch die von der griechischen Regierung im Zusammenhang mit dem Salamisfall beantragte Interpretierung der Artikel 190 und 192 des Versailler Vertrages endgültig und zwar ablehnend zur Entscheidung. Einige Danziger Fragen, der ungarisch-rumänische Ökonomiekonflikt, der Streit um die deutschen Minderheitenschulen und der portugiesische Antrag auf finanzielle Sanierung Portugals werden den zweiten Teil der Ratstagung behandeln. Der Sonntagnachmittag und -abend galt zahlreichen Privatbesprechungen. Briand, der Sonntag vormittag gemeinsam mit Chamberlain das zweite Frühstück nahm, hatte später eine etwa einstündige Unterredung mit Litwinow und Lunatscharski, bei der, wie von beiden Seiten versichert wird, sämtliche Frankreich und Sowjetrußland zur Zeit interessierenden Fragen behandelt wurden. Briand hatte außerdem eine längere Unterredung mit Minister des Äußeren, Dr. Strösemann, der später einen einstündigen Besuch Litwinows erhielt.

Zusammentritt des Völkerbundsrates

W.D. Genf, 5. Dez. (Tel.) Der Völkerbundsrat ist heute vormittag kurz nach 11 Uhr unter dem Vorsitz des chinesischen Vorkassiers in Paris, Tscheng-Loh, zunächst, wie üblich, in einer nichtöffentlichen Sitzung zu seiner 48. Tagung zusammengetreten. Nach der Regelung einer Reihe administrativer Angelegenheiten, bildete die polnisch-litauische Streitfrage, über die übrigens der litauische Ministerpräsident Wolbomaras am gestrigen Spätabend noch eine zweistündige Unterredung mit Litwinow hatte, den Gegenstand der weiteren Aussprache. Mit einer öffentlichen Sitzung am heutigen Vormittag wird kaum mehr gerechnet.

Die polnisch-litauische Frage

W.D. Genf, 5. Dez. (Tel.) (Von Sonderberichterstatter des W.D.-Büros.) Nach den gestrigen Vorbesprechungen über die Regelung der polnisch-litauischen Frage verließ sich der Eindruck, daß deren Regelung, d. h. hauptsächlich die Aufhebung des für den ganzen europäischen Osten seit Jahren äußerst bedrohlichen Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen und die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen nur noch des formellen Abschlusses bedarf. Wenn auch mit einem Vorbehalt Litauens in bezug auf seine Ansprüche auf das Wilna-Gebiet gerechnet werden muß, so wird in diesem politischen Kreise doch die Auffassung vertreten, daß der Aufnahme der normalen Beziehungen entscheidende Bedeutung für die Beruhigung der Ostlage zukommt. Die juristische Formulierung der geplanten Lösung wird die Aufgabe eines Fünferkomitees sein, in dem England, Frankreich, Italien und Japan durch ihre juristischen Berater vertreten sein werden. Deutschland, dessen Haltung in dieser Streitfrage und dessen Interesse an der Wahrung der Souveränität Litauens bekannt ist, ist bereit, in diesem Ausschuss mitzuwirken.

Litwinow und Chamberlain

W.D. Genf, 5. Dez. (Tel.) Der stellvertretende Vorkassier für Auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, hat an Chamberlain das Gespräch gerichtet, ihn heute nachmittag zu empfangen. Chamberlain hat zugehört, Lunatscharski und die übrigen der noch anwesenden Mitglieder der sowjetrussischen Delegation für den vorbereitenden Abrüstungsausschuss haben heute vormittag 11 Uhr Genf in Richtung Berlin verlassen.

Die Genfer Tagung des Abrüstungsausschusses

Die vierte Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf wurde Samstag nachmittag vom Präsidenten Loubon geschlossen. Der Ausschuss beschloß, seine fünfte Tagung zur Abhaltung der zweiten Lesung des Abrüstungsentwurfes am 15. März 1928 zu beginnen. Dementprechend wird das Sicherheitskomitee am 20. Februar seine Arbeiten aufnehmen. Ein deutscher Antrag des Grafen Bernstorff hatte die möglichst baldige Einberufung der nächsten Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses verlangt. Den Grundgedanken der Entscheidung der letzten Völkerbundsversammlung suchte er dadurch Rechnung zu tragen, daß ein erster Schritt zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung keine vorherige Erörterung oder Lösung des Sicherheitsproblems notwendig mache. Auch England hatte diese Anträge bekämpft.

Drohender Riesenkonflikt in der Eisenindustrie

Vom Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wird mitgeteilt: „Nachdem die Gewerkschaften auf ihren außerordentlich hohen Forderungen nach Durchführung der Verordnung vom 16. Juli 1927 bei vollem Lohnausgleich, sowie außerdem auf einer allgemeinen, sehr weitgehenden Lohn-erhöhung verharren, und die bisher geführten Verhandlungen aus diesem Grunde zu keinem Ergebnis geführt haben, haben sich die Werke der westlichen Großeisenindustrie gezwungen gesehen, bei den zuständigen Behörden eine Betriebsstilllegungsanzeige zum 1. Januar 1928 einzureichen. Diese Anzeige soll es den Werken ermöglichen, ihre Betriebe unter Vermeidung eines Arbeitskampfes zum 1. Januar 1928 aus wirtschaftlichen Gründen zu schließen. Im Hinblick auf die mit Sicherheit zu erwartenden Rückwirkungen auf die anderen Werke, haben sich die übrigen Hüttenwerke Deutschlands diesem Vorgehen angeschlossen.“

Die Unternehmer nehmen zunächst die Stilllegung sämtlicher eisenerzeugenden Betriebe Deutschlands in Aussicht. Über die Einbeziehung weiterer Werke der eisenverarbeitenden Industrie wird verhandelt. Die Zahl der zunächst Betroffenen schätzt man auf 250 000 Mann. Ein Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums kann den Streit deshalb nicht beendigen, weil keine Ausprägung, sondern eine Stilllegung der Betriebe erfolgen soll.

Der hauptsächlichste Konfliktspunkt zwischen der Forderung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber besteht darin, daß die Gewerkschaften erstens die schematische sofortige Durchführung des Achtstundentags verlangen. Ferner, daß die Gewerkschaften nicht nur den Lohnausgleich zwischen der jetzigen, seit dem 1. August 1927 mehrfach verkürzten Arbeitszeit und der Achtstundenschicht, sondern vielmehr den Ausgleich des vollen Ausfalls gegenüber der früheren Höchstarbeitszeit von 59 Stunden fordern. Darüber hinaus ist eine weitere Lohnerhöhung in Höhe von 10 Reichspfennig pro Stunde für die gelehrten Facharbeiter der eisenverarbeitenden und der eisenverarbeitenden Industrie gefordert worden. Der tarifliche Stundenlohn soll also bei den Sandwerkern von 76 auf 102 Reichspfennig, bei den Verarbeitungswerken von 76 auf 98 Reichspfennig, also im Durchschnitt um 33 1/2 Prozent, erhöht werden.

Einer der führenden Konzerne der Eisenindustrie hat eine Berechnung aufgestellt, wonach für ihn allein demgegenüber die Durchführung der Verordnung des Reichsarbeitsministers und der Lohnforderung der Gewerkschaften eine Mehrbelastung von 66 Millionen oder rund 29 Prozent der ursprünglichen Lohnsumme bedeuten würde. Die volle Erfüllung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen, einschließlich des allgemeinen schematischen Achtstundentages würde dagegen eine Mehrbelastung von mehr als 109 Millionen Reichsmark oder 48 Prozent der ursprünglichen Lohnsumme ergeben. Da man nicht glaubt, unter diesen Umständen die Betriebe fortführen zu können, wollte man sich schon jetzt die Möglichkeit sichern, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Am heutigen Montag und morgigen Dienstag sollen paritätische Kommissionen, die aus Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften zusammengefaßt sind, in verschiedenen Werken eine Nachprüfung der vom Arbeitgeberverband übermittelten Angaben bezüglich der Belastung der Unternehmungen durch die Lohn- und Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaften vornehmen.

W.D. Düsseldorf, 5. Dez. (Tel.) Zu der drohenden Stilllegung in der Großeisenindustrie wird bekannt, daß auch zahlreiche weiterverarbeitende Industriebetriebe des rheinisch-westfälischen Industriebezirks aus freien Stücken ebenfalls Stilllegungsanzeigen bei dem zuständigen Regierungspräsidenten zum 1. Januar 1928 erstattet haben. Eine Verwirklichung der Stilllegung der Eisenindustrie würde den Betrieben ein wirtschaftliches Weiterarbeiten nicht mehr gestatten. Wie mitgeteilt wird, haben große Hüttenkonzerne die ausländischen Erzeugeranten auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen jedoch erachtet, die Erzeugerlieferungen im laufenden Monat Dezember, soweit noch Zeit möglich, tunlichst einzuführen und ab 1. Januar 1928 ganz einzustellen.

Der Rohwurzumsatz zwischen Deutschland und England wird ab 1. April aufgehoben.

Eine neue Wertpapierfälschung. Das Pariser „Journal“ glaubt mitteilen zu können, daß der mit der Untersuchung der Angelegenheit der widerrechtlich abgestempelten ungarischen Wertpapiere betraute Untersuchungsrichter sich mit einer neuen Sache beschäftigt, die er bei seinen Nachforschungen aufgedeckt hat. Es handelt sich ebenfalls um unrechtmäßig aufgearbeitete Wertpapiere.

zu dünn und ist vollkommen belanglos, obwohl sie ihre Hauptmelodie von Schumann entlehnt hat. In der vom Autor überwachten Erstaufführung erwarben sich Eva Quatser und Eugen Schulz-Breiden in den beiden Hauptrollen der Hanne und des Heinz zusammen mit Nelly Rabemacher, die als niedlicher und munterer Selpelt die zwei Kinder auf ihrer Wanderfahrt begleitet, schnell die Gunst der jungen Zuschauer. Auch aus dem Massenangebot der übrigen Figuren erzielte bald der, bald jener mit kleinen Scherzen einen Lacherfolg. Nur eines, und doch vielleicht das Wertvollste, wollte sich während allen Bildern nicht einstellen, jene ungewohnte und fröhliche Stimmung, die der Weihnachtsgebente in Kinderherzen hervorzuweckt; sogar der am Schluß des fünften Bildes im Hintergrund erstrahlende Lichterbaum war bloß eine flüchtige Attrappe. S. Sch.

Deutscher Schefelbund

Am Samstag, den 3. Dezember 1927, fand im Deutschen Schefelmuseum im Schloß zu Karlsruhe die erste ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Schefelbundes e. V. statt. Erschienen waren von Seiten der Behörden: Reg.-Rat Dr. Mal (Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts), Bürgermeister Dr. Kleinshmidt, Karlsruhe, Direktor Prof. Dr. Langin (Bad. Landesbibliothek), Prof. Dr. Gomburger (Bad. Landesmuseum), Bürgermeister Bleich, Radolfzell.

Nach der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Friedrich Panzer, Heidelberg, gab der Bundesgeschäftsführer, Dr. Siegriff, den Bericht über die günstige Entwicklung des Bundes während der ersten drei Geschäftsjahre und einen Überblick über die verschiedenen Pläne der Bundesleitung, die neben Erhaltung und Ausbau des Deutschen Schefelmuseums und Schefelarchivs und der Herausgabe des bisher unbekanntes Dichternachlasses Schefels, darauf hingingen, zur lebendigen Erhaltung des volkstümlichen Meisters, durch Preise und Veröffentlichung guter Arbeiten in den Bundesjahrbüchern, der Kunst und Wissenschaft der Lebenden zu dienen.

Nach der sachungsmäßigen Neuwahl setzt sich der Vorstand des Bundes wie folgt zusammen: Geh. Regierungsrat Panzer, Heidelberg (1. Vorsitzender), Direktor Dr. Ferdinand Bausbad, Deutsche Bank, Frankfurt a. M. (Schatzmeister), Geh. Freiherr von Reichsach-Schffel (Vertreter der Familie von Schffel).

Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt: Frau Leonie von Schffel, geb. von Mollenbeck, die Schwiegermutter des Dichters, die dem Bunde den gesamten Dichternachlaß als dauernde Beigabe, mit dem alleinigen Recht zur Veröffentlichung, schon bei Gründung des Bundes 1924 überlassen hat, sowie Herr Anton Breiter, Ratse bei Salzburg, dessen einzigartige, ein Lebenswerk darstellende Schffelammlung in diesem Jahre nach dem idealen Willen des betagten Gründers in Besitz und Eigentum des Deutschen Schffelbundes überging.

Atherwellen-Musik. Der russische Professor Theremin, der mit seiner Atherwellenmusik bereits in verschiedenen Städten, so in Berlin und München, großes Aufsehen erregte, führte im überfüllten Musenjaal des Mannheimer Rosengartens seine Erfindung einer Zuhörerhaft vor, in der sich auch der badische Staatspräsident Dr. Kemmle befand, und die von dieser ans Wunderbare grenzenden Darbietung den stärksten Eindruck empfing. Ein kleiner Apparat, zwei dünne Stäbe, ein paar Drähte und ein großer Lautsprecher — das ist alles, was Prof. Theremin braucht, um Klänge verschiedener Stärke entweihen zu lassen. Er greift mit den Händen in die Luft, bewegt sie langsam auf und nieder, hin und her, und aus dem Lautsprecher glaubt man bald den Ton einer menschlichen Stimme, bald den einer zarten Geige zu hören. Der Eindruck war fast überwältigend, es herrschte das Gefühl vor, einem unwirklichen Geschehen beizuwohnen, das vielleicht eine Wende musikalischer Darbietungen herbeiführen kann.

Adolf Gengeler †. Prof. Adolf Gengeler, der unter den älteren Münchener Künstlern zu den bedeutendsten zählte, ist am Sonntag in München im Alter von 65 Jahren gestorben.

Deutscher Reichstag

Berlin, 3. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Dr. Fried (N.S.) die Überweisung eines Antrages zugunsten der Kleinrentner an den Haushaltsausschuß. Die Überweisung wird ohne Aussprache beschlossen.

In der hierauf fortgeführten

Aussprache über die Wirtschaftsinterpellation

beklagt Abg. Rauch (B.Vp.) die Notlage des gewerblichen Mittelstandes und der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft sei hinsichtlich der Selbstkosten im Verhältnis zur Auslandskonkurrenz vorbelastet. Darum dürfe man den Auf nach Jollabbau nicht generell auch für alle Zweige der Landwirtschaft erheben. Außer einer großzügigen Entschuldungsaktion sei auch eine Verbilligung der Betriebskredite nötig. Ein gesunder Föderalismus sei notwendig, um in den ärmeren Ländern nicht die Reichsverdrängung anzuwachsen zu lassen. Die notwendige Reform und Verbilligung der Verwaltung sei auch ohne Zentralismus möglich. Der Einheitsgedanke sollte sich besser durchsetzen im Verhältnis der Wirtschaftsverbände zueinander.

Abg. Urbans (Komm.) wendet sich gegen die Regierung. Abg. v. Reventlow (N.S.): Die Rede des Reichswirtschaftsministers habe einen lampenfahigen Optimismus zur Schau getragen.

Abg. Schröder (Völk.) sieht die Ursachen der Mängel bei der kommunalen Finanzpolitik in der Erbschaftsteuerreform. Die Einkommensteuer müsse wieder den Ländern und Gemeinden überlassen werden.

Abg. Bachem (Dnall.) bespricht die Kreditverhältnisse der Landwirtschaft. Die zur Tilgung und Verzinsung der Kredite von der Landwirtschaft aufzubringenden Mittel ständen in schreiendem Mißverhältnis zu den viel zu niedrigen Preisen, die der Landwirt für seine Produkte erhalte. Dazu komme die hohe Steuerlast, die für die unrentable Landwirtschaft kaum tragbar sei.

Das Schlußwort für die Interpellation nimmt Abg. Dr. Hilferding (Soz.). Er behandelt den Fall Neubell. Streifen und Rathenau haben feinerzeit vor weit größeren Schwierigkeiten gestanden. Die Regierungsparteien haben hier das Reparationsproblem aufgerollt, obwohl sie wissen müßten, daß dazu der geeignete Zeitpunkt erst sein wird, wenn die Wahlen in Frankreich, England, Amerika und Deutschland vorüber sind, und wenn sie einen Sieg der Linken gebracht haben.

Durch die ganz falsche Taktik des Reichsfinanzministers ist der Reparationsagent in die Rolle eines Finanzberaters gedrängt worden, eine Rolle, die ihm nicht zusteht. Der jetzige Finanzminister hat in seinen Länderzuweisungen eine gewisse Verschwendung getrieben, das war bei der Regierungskoalition zu halten. Unsere nach dem Kriege vollständig zusammengebrochene Wirtschaft kann nur wieder aufgebaut werden, wenn ihr jährlich 11—12 Milliarden Auslandskredite zugeführt werden. Darum ist es so unverantwortlich, wenn der Reichsbankpräsident durch seine Reden den deutschen Kredit im Ausland schädigt. Die ausländischen Kredite sind von Deutschland sehr verständlich angewandt worden. Wir müssen nun von dem Deutschen, der an der Spitze der Reichsbank steht, verlangen, daß er seine Tätigkeit in Einklang setzt mit der Wirtschaftspolitik, für die der Deutsche Reichstag und die deutsche Reichsregierung die Verantwortung tragen. Die Minister Dr. Köhler und Dr. Curtius haben ihre bessere Ansicht nicht gegen Dr. Schacht durchgesetzt; darum sind sie mitschuldig. Unser Mißtrauensantrag ist die Aufforderung an diese Regierung, nicht länger die Zeit des deutschen Volkes zu betreiben, sondern an das Volk selbst zu appellieren.

Damit schließt die Interpellationsdebatte. Die damit verbundenen Anträge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Am 16. Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 16. Uhr. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren Vorlagen die Interpellationen, die sich auf die Wirtschaftslage im Osten und Westen beziehen.

23. Berlin, 5. Dez. (Tel.) Im Reichstag hielten am Montag nur der Haushaltsausschuß, der Wohnungs- und der Geschäftsbildungsausschuß Sitzungen ab. Auf der Tagesordnung der Reichstagsarbeiten, die um 16 Uhr beginnt, steht neben kleineren Vorlagen die Beratung der Interpellationen zur Wirtschaftslage in den östlichen und rheinischen Grenzgebieten des Reiches. Die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei halten bereits zwei Stunden vor dem Plenum Fraktionssitzungen ab, die Demokraten erst um 15 Uhr und die Bayerische Volkspartei nach Beendigung der Reichstagsitzung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat unter Vorsitz des Abg. Heumann (Soz.) heute, Montag, in die zweite Lesung der Revisionsbeschlüsse.

Reichsbannerkundgebung in Magdeburg

Im Mittelpunkt der am Sonntag vom Reichsbanner in der Stadthalle in Magdeburg veranstalteten, von etwa 8000 Personen besuchten Kundgebung, stand ein Referat des Reichslanglers A. D. Dr. Wirth, der nach einigen Ausführungen über die Verwirklichung des Gedankens des Rechts und der Verteidigung als Hauptaufgabe der deutschen Republikaner scharfe Kritik an der jetzigen Regierungskoalition übte, und in diesem Zusammenhang etwa ausführte: Wenn die von Marx und Köhler angestellten außen- und innenpolitischen Wechsell mit der gegenwärtigen Koalition nicht eingelöst werden könnten, so sollten die Genannten als erste aus dieser zwiespältigen Regierung mit hochgehobenem Haupte herausgehen, und je eher sie gingen, desto besser wäre es für das ganze deutsche Volk. Auch die beiden anderen Referenten, der demokratische Reichstagsabgeordnete Bohner und Reichslangler A. D. Scheibemann, sprachen in ähnlichem Sinne.

Die französischen Regionalisten

22. Paris, 5. Dez. (Tel.) Der Regionalistenkongress hat gestern seine Arbeiten beendet. Nach dem „Ceuvre“ ist es im Laufe der Verhandlungen zu einem Zusammenstoß mit dem Senator Abbé Müller, Straßburg, gekommen. Der Vorsitzende empfahl Abbé Müller, er möge seine Angriffe gegen die französische Verwaltung und das französische Regime mäßigen. Der Kongress nahm eine Entschließung an, in der die elsäss-lothringischen Delegierten erklärten, sie wollten ihre Forderungen im Rahmen der Einheit Frankreichs durchsetzen. Die Entschließung verurteilt die Maß-Lothringer der Unterstützung der übrigen Regionalistenorganisationen Frankreichs und sieht grundsätzlich die Schaffung eines Ausschusses in Paris vor, der die Frage der Angleichung prüfen soll.

Die Wirkung des australischen Hafnarbeiterstreiks. „Daily Express“ berichtet über den großen australischen Hafnarbeiterstreik. Die Wollausfuhr ist lahmgelegt, die Vergewerke schließen, und es wird befürchtet, daß Hunderttausende von Menschen arbeitslos werden.

Badischer Teil

Berufung Dr. Englers nach Frankfurt

Der Präsident des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes, Dr. h. c. Engler, wurde von den zuständigen Stellen zum Leiter des Landesamtes für Arbeitslosenversicherung, das Hessen, die Provinz Hessen-Nassau und den Freistaat Waldeck umfaßt, in Vorschlag gebracht. Die Ernennung hat der Reichspräsident zu vollziehen. Der Sitz des Landesamtes ist Frankfurt a. M.

Dr. Engler, der im 54. Lebensjahre steht, hat nach Aufhebung des badischen Arbeitsministeriums, dem er nach dem Rücktritt des damaligen Arbeitsministers Rüdert im Februar 1921 vorstand, die Leitung des im November 1924 errichteten Gewerbeaufsichtsamtes übernommen. Seit den Landtagswahlen von 1921 gehört Dr. Engler als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei dem Badischen Landtag an. Anlässlich des 800jährigen Jubiläums der Stadt Freiburg verlieh ihm die Freiburger Universität den Ehrendokortitel.

80-jähriges Jubiläum des Freiburger Ärztevereins

Am Samstag und Sonntag fand in Freiburg der Oberheinische Arztetag in Verbindung mit dem Jubiläum des Freiburger Ärztevereins statt. Der Samstagmorgen und -nachmittag waren mit klinischen Vorlesungen und mit der Hauptversammlung des Oberheinischen Arztetages ausgefüllt. Am Abend wurde im Museumsaal ein Gesellschaftsabend veranstaltet.

Der Sonntagmorgen brachte im Städtischen Kaufmannsaal den großen Festakt zu Ehren des achtzigjährigen Jubiläums des Freiburger Ärztevereins. In großer Anzahl waren dazu die Ärzte aus ganz Oberbaden erschienen. Vertreter des Staates, der Stadt Freiburg und des ehemaligen Großherzogpaars waren erschienen. Die Univerfität, die katholischen und evangelischen Kirchenbehörden hatten Vertreter entsandt. Die badische Ärztekammer, der Delegierte der Wirtschaftsorganisation des Ärztevereins, der Geschäftsausschuß des Deutschen Ärztevereinsbundes, andere badische Ärztevereine und Organisationen, sowie Abgeordnete des badischen Landtages waren anwesend. Nach einem Vortrag des Freiburger Arztekammerpräsidenten Dr. Waaber im Namen des Freiburger Ärztevereins die Festversammlung und die Ehrengäste. Landeskommissar Schwörer überbrachte die Glückwünsche der Staatsverwaltung und betonte dabei die Bedeutung der Ärzteschaft für den Staat. Oberbürgermeister Bender begrüßte die Jubiläumsgäste im Namen der Stadt Freiburg. Erzbischof Fröh ließ durch den Generalvikar Selter seine Wünsche übermitteln. Die evangelische Landeskirche von Baden hatte den Kirchenpräsidenten Dr. Wirth entsandt, der dem Ärzteverein aufs herzlichste gratulierte. Der Rektor der Universität Freiburg und der Dekan der medizinischen Fakultät betonten die enge Verbundenheit von Wissenschaft und Praxis, während Prälat Dr. Kreis für den Caritasverband die verdienstvolle Arbeit der Ärzte für die Fürsorge hervorhob. 18 weitere Redner von verschiedenen wirtschaftlichen und ärztlichen Organisationen überbrachten ebenfalls herzliche Glückwünsche. Darauf hielt Dr. Siebert einen Vortrag über die Geschichte der Heilkunde in Freiburg, womit die Feier ihr Ende fand.

Gegen die Aufhebung der Gemeindegrundbuchämter

Die Bürgermeister und Ratsschreiber des Bezirks Heidelberg hielten am Samstag in Heidelberg eine gutbesuchte Versammlung ab, um in der Hauptfrage gegen eine geplante Aufhebung der Grundbuchämter in den Gemeinden, worüber in einem Teil der Presse Artikel erschienen waren, Stellung zu nehmen. Ratsschreiber Baus (Ziegelhausen) wies in längerer Ausführungs darauf hin, daß ein solche Zentralisation dem Staat mehr kosten würde als die jetzige Form und daß die Gemeinden unter allen Umständen diesen letzten Rest ihrer Selbständigkeit behaupten wollten, zumal sich die bisherige Form durchaus praktisch erwiesen habe. Eine Verlegung würde nur nachteilig und unter Umständen sogar gefährlich sein. Landtagsabgeordneter Schneider (Zentrum), der ebenso wie Landtagsabgeordneter Gschwind (Demokrat) der Versammlung beiwohnte, betonte, daß zu einer Beurlaubung wegen einer geplanten Verlegung keinerlei Veranlassung sei, daß seines Wissens ein solcher Plan überhaupt nicht bestünde und daß, wenn er wirklich einmal eintreten sollte — wozu nach seiner Ansicht kein Grund vorliege — es sich nur um eine Übernahme der Hauptbücher auf die Amtsgerichte handeln könne, die, da die Hilfsbücher den Gemeinden verbleiben, für das Publikum überhaupt nicht spürbar wäre. Nachdem man sich dahin geeinigt hatte, daß man auch einer solchen, wenn auch ungewissen Gefahr begegnen müsse, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Stellungnahme der Versammlung klar zum Ausdruck kommt und in der der Bezirksverband davon unterrichtet wird, daß nach Ansicht aller die Grundbuchämter in der bisherigen bewährten Form den Gemeinden erhalten bleiben müßten.

Landesverband der höheren Privatschulen Badens

Dieser Tage hielt in Karlsruhe der Landesverband der höheren Privatschulen Badens seine 8. Hauptversammlung ab. Das Ministerium des Kultus- und Unterrichts war vertreten durch Oberregierungsrat Feibelberger, der badische Philologenverein durch Direktor Dr. Ott.

Zum Punkte Privatschulen wurde betont, daß diese nach der neuesten reichsgesetzlichen Regelung nicht aufgehoben werden dürfen, solange die Entschädigungsfrage nicht durch Reichsgesetz erledigt sei, was in den nächsten Jahren nicht zu erwarten sei. Die Eltern können daher ihre Kinder weiter in private Privatschulen schicken. Zum Punkte Berechtigungsfragen wurde beantragt, daß die Schüler der Privatschulen, die das Abitur abzulegen wünschen, von einer neutralen Kommission am Orte der Regierung unabhängig von irgend einer Staatschule geprüft werden. Der Vertreter des Philologenvereins, Direktor Dr. Ott, trat für diese Forderung ein, indem er hervorhob, daß durch eine solche Kommission die Staatschulen, die sonst das Abitur abzunehmen hätten, stark entlastet werden, und daß außerdem das Ministerium gezwungen wäre, einen scharf umrissenen Lehrplan auszugeben, der auch den Staatschulen bitter nottäte. Ein Vertreter des Badischen Landesverbandes der Privatschulen mußte in dieser Kommission sitzen. — Als weitere Punkte wurden verhandelt: Handelschulen und Steuerfragen. Zu letzterem Punkte wurde besonders hervorgehoben, daß die Privatschulen kein Gewerbe sind, sondern zu den freien Berufen gehören.

Zeuge gesucht

In einer Morbidie wird der am 24. Februar 1907 in Rodau im Erzgebirge geborene Martthelmer Bruno Johannes Uhlis dringend als Zeuge gesucht. Uhlis dürfte sich bei einem Landwirt in Arbeit begeben haben. Angaben über den Aufenthaltsort des Uhlis wären an das Landespolizeiamt Karlsruhe zu richten.

Die Erweiterung der Volksschule in Neustadt i. Schw. In Neustadt beschäftigt man sich seit längerer Zeit mit der Frage der Erweiterung der Volksschule. Der Vorschlag, ein großes Schulhaus mit Festhalle, Rektorwohnung usw. zu errichten, oder die Turnhalle umzubauen, dürfte an der Kostenfrage scheitern. Annehmbar erschien dagegen das Projekt, das die Erstellung eines zweiten kleineren Schulgebäudes, in welchem die Grundschule verlegt werden soll, vorsieht.

Aus der Landeshauptstadt

Georg Wolff, Chef der Firma Wolff & Sohn. Die Firma Wolff & Sohn hat am Sonntag vormittag einen schweren Verlust erlitten. Einer der drei Hauptleiter der Firma, Georg Wolff, ist am Sonntag vormittag, wenige Tage nach Vollendung seines 64. Lebensjahres, nach längerem schweren Leiden gestorben. — Georg Wolff wurde als Sohn des Mitbegründers der Firma, des Geheimen Kommerzienrats Dr. h. c. Friedrich Wolff, am 29. November 1863 in Karlsruhe geboren. Seine ganze Lebensarbeit gehörte der Firma, deren Aufstieg zu einer Weltfirma ihm mit zu verdanken ist. Mehrere größere Reisen, die er im Laufe der Jahre unternahm, weiteten seinen Blick, und waren dem technischen und kommerziellen Aufblühen des Hauses Wolff & Sohn förderlich. Im öffentlichen Leben trat der Verstorbenen weniger hervor, aber viele charitative und gemeinnützige Unternehmungen fanden durch ihn in ihren Bestrebungen wertvolle Unterstützung. Zum letztenmal ist Georg Wolff bei der großen Deutschen Freireisegrundung in Karlsruhe im Sommer dieses Jahres hervorgetreten, wofür er bei einem von der Firma gegebenen Begrüßungsessen zahlreiche Wünsche auch für sein weiteres Wohlergehen entgegennehmen durfte. Leider sind diese guten Wünsche nicht in Erfüllung gegangen. Von einer schweren Erkrankung, die ihn im August aufs Krankenlager warf, sollte er nicht mehr genesen. Die Firma Wolff & Sohn betrauert in ihm einen ihrer tatkräftigsten Förderer, denn auch den modernen Erziehungswesen hat sich der Entschlafene nicht verschlossen. Der immer weiter wachsende Ausbau der Firma zeugt für alle Zeit von der unermüdbaren Schaffenskraft des Verstorbenen.

Ernennung zum Ehren doktor. Direktor Arthur Kochen vom R.W.G. (Rheinisch-Westfälischer Elektrizitätswerk) Essen wurde von der Technischen Hochschule Friederica Karlsruher in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Elektrizitätsversorgung die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber verliehen.

Eine Kundgebung des Stahlhelms. Im Rahmen einer Tagung des Stahlhelms — Landesverband Baden — fand am Sonntag im Konzerthaus eine öffentliche Kundgebung statt, in der der Führer Franz Selbte sprach. Er habe heute bewußt das Gebiet des politischen Kampfes betreten. Wiber Chauvinismus habe im Stahlhelm seinen Platz. Die Empfehlung irgendeiner Partei werde abgelehnt, man werde aber jene unterstützen, die bei den Wahlen Stahlhelmlaute an aussichtsreiche Stellen setzen. Dem Stahlhelm liege daran, eine schwarz-weiß-rote Einheitsfront zu schaffen. Die Lebensfrage des deutschen Volkes sei letzten Endes nicht die Wirtschaft, sondern die Tatsache, daß die politische nationale Idee bei ihm eine übergeordnete oder nachgeordnete Rolle spielt. Die Versammlung sang alsdann das Deutschlandlied. Der Redner fand stürmischen Beifall. Abends halb 6 Uhr schloß sich nach einem Fahnenappell auf dem Platz vor der Ausstellungshalle und einer kurzen Ansprache des Bundesführers ein Fackelzug durch die Ettlinger-, Kaiser-, Douglas- und Stefaniensstraße zum Artilleriedenkmal an. Am Grenadier- und am Artilleriedenkmal erfolgte eine Kranzniederlegung. Die Tagung fand auf dem Engländerplatz mit einem Zapfenstreich ihren Abschluß. Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfall.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden behielt gestern früh noch überall die geschlossene Wolkendecke, nur die Höchstlagen hatten bei schwächeren Schneesfällen Temperaturumkehr. Nachmittags trat von Süden her unter dem Einfluß von Alpenföhn Aufheiterung ein. Heute früh liegt wieder eine Hochnebeldecke über dem Lande. In Mittelbaden brachten heute nacht örtliche Störungen mäßige Regenfälle. Der hohe Druck über Mitteleuropa geht langsam zurück, doch wird unser Gebiet nur langsam in den Bereich der atlantischen Zykone einbezogen, so daß wir bei wenig veränderten Temperaturen das meist wolfige Wetter noch behalten. Wettervorhersage für Dienstag, den 6. Dez.: Weich wolkig und trocken, Temperaturen wenig verändert, im Gebirg noch ziemlich heiter.

Kurze Nachrichten aus Baden

21. Mannheim, 3. Dez. Wie aus Breslau gemeldet wird, bewirbt sich Generalmusikdirektor Richard Wert als ausführender Anwärter um den ersten Kapellmeisterposten an der Breslauer Oper, da Generalmusikdirektor Fröh Cortolozzi, bormdem Operndirektor in Karlsruhe, nach dreijährigem Wirken in Breslau von seinem Posten zurücktritt, um sich hauptsächlich seiner kompositorischen Tätigkeit zu widmen.

23. Altlussheim (Schweizingen), 5. Dez. Im Rathaus von Altlussheim wurde in der Nacht zum Donnerstag eingebrochen. Die Einbrecher hatten eine Wand durchgehört und durch das Loch den Türriegel zurückgeschoben. In dem Rathaus hatten sie dann arg gewüthet. Tische und Schränke wurden erbrochen, aus der Portofasse ein Betrag von 20 RM genommen. Außerdem erbeuteten sie 40 RM Bargeld. Ein zweiter Einbruch wurde in der Nacht in Reilingen verübt, wo die Diebe wahrscheinlich mit einem Dietrich die Tür öffneten. Auch wurden die Schränke und Tische erbrochen und 40 RM gestohlen. Doch vermochten sie nicht den stählernen Rassenstrahl aufzubrechen.

24. Rehl, 4. Dez. Der Direktor der Straßburger Hafenerwaltung, Ingenieur Kelling, äußerte anlässlich eines Vortrages in Mühlhausen über den Rheinischen Straßburger, mit Ende des Jahres 1928 werde die vollkommene Unabhängigkeit Straßburgs von Rehl gesichert sein, so daß der Hafen Rehl wieder in deutsche Verwaltung kommen könne.

23. Wetzlar, 3. Dez. Wie verlautet, wurde hier die Bufaracal-Gewebe-Gesellschaft m. b. H. gegründet, die in Wetzlar-Stetten die Fabrikation von Geweben und Stoffen aller Art, sowie der übrigen Textilprodukte und den Handel mit denselben betreiben will. Das Kapital beträgt 40 000 RM. Geschäftsführer sind die Fabrikanten Emanuel Georges Sarasin-Grosmann in Basel und Charles Colcombet in Lyon.

Verschiedenes

Alexander Substoff verunglückt

22. Godesberg, 5. Dez. (Tel.) Heute nacht kam Alexander Substoff, der junge Gatte der ehemaligen Prinzessin Viktoria, als er ein Motorrad bestiegen wollte, vor dem Annenhaus in Godesberg zu Fall und zog sich Verletzungen des Kopfes und anscheinend auch innere Verletzungen zu. Er wurde von einem herbeigerufenen Arzt in ein Krankenhaus gebracht.



Badisches Landes-Theater

Dienstag, 6. Dezember 1927
*C 10 27 - Gem. 1101 - 1300

Der Diktator
von Romains

In Szene gesetzt von Ulrich von der Trend

Denis	Spiel
Ferrol	Dahlen
König	Leigeb
Murrey	Höcker
Mottelé	Brand
Bischof	Prüter
Luzac	Graf
Richard	Koebbe
Ébilet	Derz
Florigh	Schutz-Weiden
Erster Mann	Müller
Zweiter Mann	Schneider
Kammerherr	Weidner
Kanzleischef	Wegner
Reife	Gemmede
Königin	Ermarth
Madeleine	Mietens
Jeanne	Mademacher
Frau	Center
Schreibfräulein	Lautenschläger

Anfang 19¹/₂, Ende geg. 22
I. Rang und I. Sperrsitze
5 R.

Mi. 7. Dez.: Nachmittags:
Die Reise ins Schwarzwald.
Abends: Don Giovanni.

Eisu-Betten
Stahlmatt., Kinderbetten
günstig an Private. Kat. frei
Essenmattfabrik Suhl (Thür.)

Tief bewegt geben wir davon Kenntnis, daß

Herr Georg Wolff

heute morgen nach längerer Krankheit aus dem Leben geschieden ist.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Mitarbeiter, der mit größter Hingabe und aufopfernder Pflichterfüllung nahezu 50 Jahre mit an der Spitze unseres Werkes gestanden hat.

Das Andenken an seine Persönlichkeit und sein Wirken unter uns wird unvergessen bleiben.

Karlsruhe, den 4. Dezember 1927.

G.955

Die Direktion
der Karlsruher Parfümerie- und Toiletteseifen-Fabrik
F. Wolff & Sohn, G. m. b. H.

LEIPHEIMER & MENDEL

Die dankbarsten und billigsten
Weihnachts-Geschenke
sind
Stoffe
für
Kleidung * Wäsche * Haushalt
Sie legen mit unseren Warengeschenken Ehre ein
und bereiten größte Freude.

LEIPHEIMER & MENDEL

Die Ausstellung von Legitimationspapieren für das Jahr 1928.

Am 31. Dezember 1927 erlischt die Geltungsdauer der für das Jahr 1927 ausgeteilten Gewerbelegitimationskarten, Wandergewerbescheine, Erlaubnisscheine Form „G“ für den Stadtbezirk, Legitimationscheine für Druckschriften Form „J“, Fischerkarten, und am 31. Januar 1928 die der Jagdpässe.

Die Personen, die für das Jahr 1928 derartige Papiere benötigen, werden sie zweckmäßigerweise schon jetzt beim Rathaus im Bezirksamtgebäude — Eingang Gebelstraße 7b — bzw. in den Landorten bei den Bürgermeisterämtern beantragen, damit eine aus der Häufung dieser Anträge zu Beginn des neuen Jahres entstehende Verzögerung in der Ausstellung vermieden bleibt.

Die Anträge auf Ausstellung von Wandergewerbescheinen „G“ und „J“ müssen in jedem Falle persönlich gestellt werden, ebenso die erstmaligen Anträge auf Ausstellung von Jagdpässen. Jagdpässe und Fischerkarten für nicht gewerbmäßige Fischer müssen mit einer Beschreibung und einem Lichtbild des Inhabers aus neuester Zeit versehen sein. Den Gesuchen um Ausstellung von Jagdpässen und nicht gewerbmäßigen Fischerkarten ist daher ein nicht aufgezogenes Lichtbild des Gesuchstellers aus neuester Zeit anzuschließen.

Gesuche um Ausstellung von Gewerbelegitimationskarten sind von den Titelinhabern unter Angabe der Geburtsorte und Daten, sowie der Personalbeschreibungen unter Beifügung des Nachweises der Staatsangehörigkeit und eines unaufgezogenen Lichtbildes aus neuester Zeit der Reisenden schriftlich einzureichen unter Angabe der Länder, für welche die Gewerbelegitimationskarten Gültigkeit haben sollen.

Allen Anträgen sind die etwa im vorigen Jahre erteilten gleichartigen Scheine beizufügen, sofern solche zurzeit nicht mehr benötigt werden; andernfalls sind die Ordnungszahlen der Papiere und die Daten ihrer Ausstellung anzugeben.

Sofern zu der Tätigkeit, die mit dem Legitimationspapiere ausgeübt werden soll, eine Handelslaubnis erforderlich ist, ist bei der Antragsstellung das Vorhandensein der Handelslaubnis nachzuweisen.

Karlsruhe, den 3. Dezember 1927. D.-3. 153.
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Lebensbedürfnisverein
Schuhwarenspezialgeschäft * Herrenstr. 14

Besuchen Sie bei Ihren Einkäufen auch unser reichsortiertes Lager in
Herren- u. Knabenstiefel, Damen- u. Mädchen-schuhe, Hausschuhe, Kamelhaarschuhe, Sandalen, Stroh- u. Einlegesohlen, Fußstützen
Schnürsenkel in großer Auswahl G.957

Herrenstiefel in Box calf, Rahmenarbeit von 15,50 RM an
Herrenstiefel in Chevette von 16,50 RM an
Damenhalbschuhe von 10 RM an

Damen-Spezialstiefel für empfindliche Füße
nach Dr. Diehl und Dr. Lahmann

Um unseren Mitgliedern einen besonderen Vorteil zu bieten, gewähren wir vom 4. bis 24. Dezember auf alle Käufe in unserem Schuhwarenspezialgeschäft
Rückvergütungs-Marken in doppelter Höhe des Einkaufs

Unser Schuhladen ist an den 3 Sonntagen vor Weihnachten v. 11-6 Uhr geöffnet
Warenabgabe nur an Mitglieder

COLOSSEUM
Waldstraße 16 Telephon 5599

Zauberschau



KASSNER

Täglich 8 Uhr: G.953
Eine **Revue** seltsamster
Experimente, ausgeschmückt
mit **erstklassigen**
Varietéeinlagen

M.54. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Adm. Maximilian Hoff, Spezialhans für modernen Bürobedarf in Karlsruhe, Waldstraße 6, ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf: **Mittwoch, den 11. Januar 1928, vormittags 9 Uhr**, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, 3. Stock, Zimmer Nr. 246.
Karlsruhe, 22. Nov. 1927.
Gerichtsschreiber Bad. Amtsgericht A III.

M.52. Billingen. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Josef Teuber in Billingen soll die Schlussverteilung erfolgen. Verfügbar sind 186,60 RM. Zu berücksichtigen sind 19,23 RM bevorrechtigte u. 4186,83 RM nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Billingen offen.
Billingen, 2. Dez. 1927.
Der Konkursverwalter:
Otto Dold.
Das Stoffsamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert gegen Barzahlung
Dienstag, den 6. Dezember 1927, beginnend 8 Uhr im Gerätehaupflager Karlsruhe, alter Personenbahnhof, Eingang Rüppurrstraße alte Geräte, darunter: Tische, Schränke, Bänke, Hohlbenke, Schraubstöcke, Winden, Sackarten, Schubkarren, Feuerspritzen, Dezimalwaagen, Herde, Backöfen, Spiegel, Rollbetten, Abfallholz, großer Verhandlungstisch, Beleuchtungskörper (Kronleuchter), verschiedene Almetalle. M.26

Freihändler
Rangnuthholzverkauf
des Bad. Forstamts Gudenfeld in Forstheim (Geschäftszimmer Forststr. 1, Fernruf 2151) etwa 1300 Festmeter Tannen- und 615 fm Forstnuthholzer aus Staatswaldbeständen I, II, III und XV. Angebote nur in ganzen Prozenten d. n. L. G. Preise v. 1927, bis spätestens Mittwoch, den 7. Dezember 1927, nachmittags 4 Uhr, erbeten. Austunft und Vorkauszüge durch das Forstamt. L.905